

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

**FÜR EINE NEUE WOHNUNGSPOLITIK**

Besonderer Bedarf

73.000 Menschen mit Behinderung, Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen suchen händeringend nach bezahlbarem Wohnraum. Jetzt bewegt sich was.

Im Januar 2015 schlossen die Servicebüros der Gagfah in Dresden ihre Pforten. Seitdem verenden Mieter in der Telefon-Warteschleife. Mehr Effizienz, weniger Mieterfreundlichkeit – nicht das einzige Beispiel:

In der Jakobsgasse sollen neue Balkone angebaut werden. 93 Euro pro Monat mehr für die Mieter. Der Knüller: Der Anbau der Balkone soll nicht an das Wohnzimmer, sondern an das Schlafzimmer erfolgen, Heizkörper müssen ersetzt, Heizstränge neu verlegt werden. Wohnraum in Dresden ist knapp, Mieterinnen und Mieter sind der Gagfah oft alternativlos ausgeliefert.

Ein Schritt zur Linderung dieser Situation ist die Vereinbarung von Durchführungsverträgen mit privaten Investoren, um Wohnungsneubau für breite Schichten zu ermöglichen.

Oder: einzelne Flächen können festgesetzt werden, auf denen nur Wohngebäude für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedarfen gebaut werden – gerade für junge Familien mit Kindern sowie ältere und auch gesundheitlich beeinträchtigte Menschen wichtig.

Ein erster Schritt wurde heute getan – der Stadtrat stimmte dem LINKEN-Antrag "Neue Wohnungspolitik in einer wachsenden Stadt" zu.

Auf Antrag der AfD:

AKTUELLE STUNDE - SATZUNG ÜBER DIE BEREITSTELLUNG, BENUTZUNG UND BETREIBUNG VON UNTERBRINGUNGSEINRICHTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER SOWIE FLÜCHTLINGE



Erwiderung von Stadträtin Kerstin Wagner - Auszug:

Dieselbe Partei, die in Hamburg die Intendantin des Kampnagel-Theaters angezeigt hat, weil sie Flüchtlinge unterbringen möchte, will die Satzung zur Unterbringung von Flüchtlingen ändern! Mit welchem Ziel? 6 Quadratmeter stehen jeder volljährigen Person zu, die auf der Flucht vor Diskriminierung, Vertreibung, Krieg, Verfolgung, Tod und Elend Schutz in Deutschland suchen. – Und was finden sie hier? Ein Zimmer, dass sie (wenn es klein genug ist) mit (nur) einer Person teilen müssen, die sie nicht kennen, die möglicherweise schwer traumatisiert ist, mit der sie über Monate und manchmal Jahre auf engstem Raum zusammenleben müssen.

Und was genau bezwecken Sie mit der angestrebten Satzungsänderung? Möchten Sie die Unterbringung menschlicher machen? Deutschkurse von Anfang an? Wollen Sie, dass zumindest die Möglichkeit besteht, dass die Menschen für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen – und zwar von Anfang an? Wollen Sie die Gesundheitsversorgung verbessern? Nach allem was ich von der AfD gehört haben, wollen Sie genau das nicht.

Was den Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Betroffenen helfen würde ist nicht die Satzungsänderung. Was helfen würde ist folgendes: Bringen Sie sich ein! Helfen Sie geflüchteten Menschen!

Hören Sie zu, wenn jemand eine Geschichte zu erzählen hat, von der sie etwas lernen können. Etwas lernen über die Folgen von Kriegen, von denen wir profitieren – Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt! Kämpfen Sie zusammen mit den Flüchtlingen für deren Rechte – zum Beispiel **am 28. Februar ab 14 Uhr am Theaterplatz!**



Kürzlich wandte sich der Verein SV Flugzeugwerf e.V. an uns – Problem: Der Verein möchte für seine Mitglieder einen geringeren Beitrag festsetzen als es die Sportförderrichtlinie der Stadt vorsieht. Dies ist ihm aus Sicht der Stadtverwaltung nicht gestattet, wodurch die Mitglieder einen höheren Beitrag zahlen müssten als der Verein überhaupt verlangt und braucht. Für die Mitglieder sind höhere Beiträge kaum zu bezahlen. Durch Anrufe und Zuschriften ist mittlerweile klar: Mehr als ein Dutzend weiterer Dresdner Vereine hat dasselbe Problem. **Die Regelung in der aktuellen Richtlinie ist nicht nur unsinnig, sondern unsozial.** Daher haben SPD, Grüne und LINKE einen Eilantrag eingebracht, der diesen Zustand beheben soll. Die Oberbürgermeisterin sah allerdings keinen Handlungsbedarf und verhinderte eine Befassung. Wir bleiben dennoch am Ball: Im März steht der Antrag wieder auf der Tagesordnung.



Dieser Donnerstag war der vorletzte Arbeitstag von Oberbürgermeisterin Helma Orosz. Noch einmal rief sie 7 "bewegt Jahre" in Erinnerung, in der nach eigenen Worten "politische Handlungsfelder" ihren Alltag bestimmten. Fraktionsvorsitzender André Schollbach überreichte Blumen mit den Worten: "Wir waren zwar nicht immer einer Meinung, aber unsere politischen Auseinandersetzungen waren stets spannend." Er wünschte ihr persönlich alles Gute, sowie Gesundheit.